

Vollgeldinitiative: Studie zeigt Folgen für die Schweiz

Basel, 27. Juni 2017 – Die heute vorgestellte Studie von Wirtschaftsprofessor Philippe Bacchetta, „The Sovereign Money Initiative in Switzerland: An Assessment“, ist die erste und bislang einzige Analyse, die untersucht, welche Folgen die Einführung eines Vollgeldsystems auf Bankkunden, Geschäftsbanken, die Zentralbank und den Staat hätte. Die Studie zeigt, dass die Initiative aktuelles ökonomisches Wissen ignoriert und dass eine Umsetzung von Vollgeld bedeutende negative Auswirkungen auf die Schweizer Volkswirtschaft hätte. Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) lehnt die Vollgeldinitiative entschieden ab, denn sie ist ein unverantwortliches Experiment in einer gut funktionierenden Volkswirtschaft.

- In einer heute veröffentlichten Studie analysiert Prof. Philippe Bacchetta erstmals die Folgen, welche die Einführung eines Vollgeldsystems in der Schweiz hätte.
- Gemäss Studie ignoriert die Initiative aktuelles ökonomisches Wissen. Die Annahme der Initianten, dass Geldmengenwachstum die Wirtschaft destabilisiert, ist wissenschaftlich nicht zutreffend.
- Die Einführung eines Vollgeldsystems hätte negative Folgen für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft. Hauptbetroffene der Reform wären laut Studie die Kontoinhaber, welche die hohen Kosten der Vollgeldhaltung berappen müssten.
- Die Studie schätzt die volkswirtschaftlichen Kosten der Einführung eines Vollgeldsystems in einem Normalzinsumfeld auf jährlich 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Eine heute vorgestellte Studie kommt zum Schluss, dass eine Annahme der Initiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!“ (Vollgeldinitiative) stark negative Folgen für die Schweizer Volkswirtschaft hätte. Die Studie ist die erste und bislang einzige, die mögliche Effekte der Einführung eines Vollgeldsystems in der Schweiz nach wissenschaftlichen Kriterien untersucht.

Die Vollgeldinitiative will das Geldsystem der Schweiz radikal umbauen: Banken müssten alle Sichteinlagen vollständig durch Notenbankgeld decken, die Schweizerische Nationalbank (SNB) würde die Menge an Sichteinlagen vollständig kontrollieren und sie könnte Geld schuldfrei direkt an die Bürger oder über Bund und Kantone in Umlauf bringen. Die Studie setzt die Vollgeldinitiative einerseits in den wissenschaftlichen Kontext. Andererseits schätzt sie die Folgen, die eine Einführung eines Vollgeldsystems in einer Normalzinsperiode gehabt hätte

Die Hauptaussagen der Studie sind:

- Die Vollgeldinitiative entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Die Überlegungen und Argumente, welche der Initiative zugrunde liegen, widersprechen empirischer Evidenz und ökonomischer Logik. Aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar ist beispielsweise die Annahme, dass ein hohes Geldmengenwachstum zu übermässiger Kreditvergabe führt und die Wirtschaft destabilisiert.
- Auch ziehen die Vollgeld-Initianten unzulässige Vergleiche mit existierender Literatur heran. Die Unterschiede des oft zitierten Chicago Plans sind zu gross, als dass die diesbezügliche Literatur als Beleg für die positiven Effekte des Vollgeldsystems herangezogen werden könnte.
- Das Vollgeldsystem führt zu Zusatzkosten für Einleger durch tiefere Zinserträge und bedeutet für Banken tiefere Zinsmargen. Zusammen mit den Steuerausfällen im Bundeshaushalt übersteigen sie die Zusatzerträge der SNB in Zeiten normaler Zinsen um jährlich 0,8 Prozent des BIP.
- Die Einführung von Vollgeld wirkt destabilisierend für die Wirtschaft. Die Alternativen zur Finanzierung durch Kundeneinlagen erhöhen das Bankenrisiko. Die Einengung des geldpolitischen Handlungsspielraums erschwert die Zielerreichung der SNB.

Studienautor ist Philippe Bacchetta, Professor für Ökonometrie und politische Ökonomie an der Universität Lausanne. Die Studie wurde von der Schweizerischen Bankiervereinigung in Auftrag gegeben, doch mit dem Kriterium der Unabhängigkeit durchgeführt. „Mir war es ein Anliegen, dass der Ausgang der Untersuchung offen ist“, so Philippe Bacchetta, „aber je tiefer ich in die Analyse ging, desto mehr Probleme mit der Initiative entdeckte ich.“

Die SBVg lehnt die Vollgeldinitiative aus folgenden Gründen ab

Die Vollgeldinitiative gefährdet eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt und setzt leichtsinnig und verantwortungslos Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, ein sicheres Wirtschaftssystem und den Wohlstand in der Schweiz aufs Spiel. Ein Alleingang der international stark vernetzten Schweiz ist ein unkalkulierbares Risiko. Insbesondere würde das Vollgeldsystem die ureigene Kernfunktion des Bankenwesens unterbinden, indem es die Finanzierung von Krediten und Hypotheken erschwert. Aus diesen Gründen lehnt die SBVg die Vollgeldinitiative entschieden ab.

„Das heutige Finanzsystem funktioniert gut, so wie es ist. Es gibt keinen Grund daran etwas zu ändern“, so SBVg-CEO Claude-Alain Margelisch. „Alles andere wäre ein Experiment, dessen Ausgang unabsehbare Folgen für Bankkunden und die Schweizer Volkswirtschaft hätte.“

Die weiteren Schritte

Der Bundesrat hat die Vollgeldinitiative im vergangenen Herbst ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. In der Herbstsession 2017 berät der Ständerat als Erstrat über die Initiative. Die Vorlage kommt voraussichtlich im nächsten Jahr vor das Schweizer Stimmvolk.

Hinweis

Mehr Informationen über die Vollgeld-Initiative und ein Film, der die Funktionsweise der Geldschöpfung erklärt, finden Sie auf unserer [Vollgeld-Themenseite](#).

Medienkontakte

Monika Dunant

Leiterin Public & Media Relations

+41 58 330 63 95